

Bergehen wider die Religion, das heißt wenn die Schmäherung der Religion durch die Presse erfolgt. Warum soll denn aber die Schmäherung der Religion härter bestraft werden, wenn sie durch die Presse erfolgt, als wenn sie an einem andern Orte begangen wird? Es kann die Religion geschmäht werden in der Kirche, welche doch nach einer noch landläufigen Volkmeinung ein viel wichtigerer Ort ist als die Presse; es kann ferner die Religion geschmäht werden in Volkssammlungen auf freiem Felde, wo viele Tausende anwesend sind, wo man also unmittelbar zu vielen Angehörigen des Volkes spricht, und doch soll in beiden Fällen die Strafe nicht so hoch sein, als wenn das Verbrechen in der Presse begangen worden ist. Nehmen Sie an, daß ein kleines Provinzialblatt, das vielleicht 4 bis 500 Abonnenten zählt, zufällig ein solches Vergehen sich hat zu Schulden kommen lassen, dann soll der Richter das Recht haben, mit einem Jahr mehr zu bestrafen, und er hat nicht das Recht, unter drei Monat zu strafen. Meine Herren, ich weiß nicht, warum die Presse einer so besonderen Aufmerksamkeit sich erfreut; es ist mir völlig unverständlich, warum hier ein besonderes Strafmaß eingeführt werden soll, wenn ich mir nicht sage, daß diese Bestimmung gemünzt ist auf die an der Oberfläche sich bewegende Opposition, und daß diese Opposition damit eingeschüchtern, daß sie damit eingeschnürt und das freie Wort des freien Mannes, wovon der Herr Bundeskommissar vorhin gesprochen hat, eine Unmöglichkeit werden soll.

Der § 23 des Gesetzes bezieht sich auf die Beschlagnahme. Die Beschlagnahme soll erfolgen durch die Polizei, sie soll aber nach einer kurzen Frist wieder aufgehoben werden, falls der Gerichtshof die Gründe der Beschlagnahme nicht sanktioniert. Ich begreife nicht, meine Herren, warum man es gestatten will, in das Vermögen der Einzelnen in solchen Fällen so tief einzugreifen. Die ganzen Herstellungskosten eines Blattes werden durch eine solche Beschlagnahme ruiniert, da ein Tageblatt doch nur Werth hat, wenn es zur festgesetzten Stunde in die Hände der Abonnenten kommt. Die Polizei hat es auf diese Weise in der Hand, ohne daß wirkliche Vergehen vorkommen, die oppositionellen Blätter unmöglich zu machen, mit Beschlagnahme auf Beschlagnahme vorzugehen. Dies ist nicht etwa eine Bermuthung, — nein, es ist schon oft geschehen, und es sind Blätter zu Grunde gegangen, weil sie auf diese Weise gedrangsamt wurden. Man wird vielleicht einwenden können, daß eine solche Beschlagnahme nöthig sei, weil ja sonst der beanstandete Artikel in die Hände aller Abonnenten komme und somit die Bestrafung gegenstandslos werde. Das ist aber nicht richtig oder mindestens ein laihmes Argument, da man ja auch auf ganz andere Weise zu einer großen Menschenmenge reden kann und die freie Rede denn doch oft noch wirkungsvoller ist, als der beschriebene Artikel. Die Konsequenz dieses Paragraphen müßte sein, daß ein Redner, welcher in einer Versammlung gegenwärtige Äußerungen macht, nicht nur vor Gericht gezogen, sondern auch in seinem Erwerb geschädigt werden sollte, und zwar durch vorübergehende Schließung seines Geschäftes. Solche Geschäftsschädigung ist nämlich für den Zeitungverleger die Beschlagnahme, die von manchen eifrigen Polizeimännern in gutem Glauben verflügt werden mag, häufig aber als ungerecht erfolgt und alsdann nach drei vier Tagen wieder aufgehoben werden muß, ohne daß an eine Entschädigung des Benachtheiligten gedacht wird.

Ich komme nun auf einen Paragraphen, der mich als Buchhändler interessiert, es ist dies der § 29, Alinea 2. Da heißt es: Ebenso werden durch dieses Gesetz die Vorschriften der Landesgesetz über Abgabe von Freieigenen an Bibliotheken und öffentliche Sammlungen nicht berührt.

Warum, meine Herren, wollen Sie diese Ausnahmebestimmung, die in einzelnen Landesgesetzen enthalten ist, nicht aufheben? Diese Steuer soll weiter bestehen bleiben, die der Verleger in Form eines Freieigenen zu erlegen hat. Häufig schon ist gesagt worden, und wahrscheinlich hören wir es auch heute in diesem Hause wieder, daß dieses Opfer gar nicht in Betracht komme. Dem muß aber entgegengehalten werden, daß es sich nicht bloß um Broschüren handelt im Werthe von zwei oder drei Silbergroschen, sondern häufig auch um Werke, die nur in einer kleinen Auflage erscheinen und per Exemplar 3—400 Thlr. kosten. Wenn der Staat etwas für das Interesse des Volkes, in diesem Falle vorzüglich für die Universitätsbibliotheken, thun will, so mag er aus dem Säckel der Gesamtheit das Geld nehmen, aber nicht die Kosten den einzelnen Verlegern aufbürden.

Meine Herren, wenn dieses Pflanzgesetz durchgeht, so illustriert es vollständig den Satz, daß man nur noch mit einer Presse regieren zu können glaubt, der ein Maulkorb vorgebunden ist. Die Presse ist aber ohnedies schon sehr benachtheiligt. Es genügt zum Beweise dieser Behauptung, hinzuweisen auf den sogenannten Reptilienfonds. Es ist bekannt, daß eine große Masse von Blättern beeinflusst wird durch die Gelder dieses Fonds; es ist bekannt, daß eine große Masse von Blättern forrumpirt wird durch diese Fonds! Wenn die Sittlichkeit soweit sinkt, daß Geld dafür gegeben wird, damit die Meinung gemacht werde im Sinne jener Leute, die, wie Herr von Bismarck früher einmal erklärte, zu einem andern als dem Preß-Gewerbe zu schlecht sind, dann ist das sehr zu bedauern. Ich muß darauf hinweisen, daß neben dieser Beeinflussung des freien Wortes durch reaktionäre Gesetze diejenigen Männer, welche sich in der Presse beschäftigen, durch Beeinflussung von oben mittelst der genannten Reptilienfonds in einen Zustand verfallen werden, der mit Recht sagen läßt, sie sind die Landstroläcker der Feder, sie sind diejenigen, die als Landstroläcker öffentliche Meinung zu machen gedungen sind, so daß eine willkürliche öffentliche Meinung leider nicht existirt. Was diese ritterlichen Herren schreiben, das ist nicht der Ausdruck des freien Wortes, nicht der Ausdruck der Wissenschaft und der Ueberzeugung, sondern der Ausdruck ihrer Besoldung!

Meine Herren, ich ersuche Sie, diesem Gesetzentwurf nicht Ihre Zustimmung zu geben. Wollten Sie diesen Gesetzentwurf annehmen, so würden Sie mit einem Schläge in Deutschland die große Erfindung Gutenberg zum Nachtheil des Volkes in Vanden legen. Diese Erfindung aber wird sich das Volk nicht nehmen lassen, das Volk wird wissen, welchen unendlichen Werth es auf die Erfindung der Buchdruckerkunst, auf die freie Presse zu legen hat, und es wird, wenn Sie dieses Gesetz annehmen, ein Aufschrei ertönen, der sich schwer rächen dürfte, falls Sie nicht im Wege des Ausgleichs zu Gunsten des freien Meinungsanstausches so weit als thunlich nachgeben. Geben Sie uns Raum, unsere Meinung kund zu thun, geben Sie uns dazu Gelegenheit; wollen Sie aber solche Gesetze annehmen, so weisen Sie die Hand, die wir Ihnen bieten, zurück! (Große Unruhe und Gelächter.) Wir bieten sie niemals in dem Sinne eines Verleugnens unserer Grundzüge, — davor warnt uns schon Ihr Lachen, — (Unruhe) wir bieten sie in der Absicht, die Rechte und Wünsche unserer Wähler nach Kräften hier zur Geltung zu bringen, und von diesem Gesichtspunkte aus wollen wir allerdings, daß in ruhiger Debatte sich die Verhältnisse regeln. Wenn aber durch die jetzigen Gewaltthäter krankte Zustände, wie sie die heutige Gesellschaftsordnung

aufweist, aufrecht erhalten werden sollen, wenn jene Gewaltthäter sich dazu berufen glauben, die kapitalistische Produktionsweise in alle Ewigkeit zu vertragen, so sagen wir Ihnen, wir glauben nicht daran, daß es Ihnen gelingen wird, und mit uns ein großer Theil des Volkes glaubt auch nicht daran, ja ich behaupte, es wird die Zeit kommen, wo von einer Beschränkung der Meinung durch den Kapitalismus und seine Schleppenträger nicht mehr die Rede sein wird.

Politische Uebersicht.

— Das neueste Windei, welches die Altweiberangst vor dem Sozialismus gelegt hat, heißt Reichscensus mit Dreiklassenwahlgesetz. Das „Reich“ soll eine bestimmte direkte Steuer erlegen, deren Entrichtung das Wahlrecht verleiht, und das Wahlrecht dann nach dem bekannten, von Bismarck das „widerständigste“ aller Wahlmethoden genannte Dreiklassensystem ausgeübt werden. Das geistreiche Individuum, welches sich auf dieses Windei gesetzt hat und es auszubrühen sucht, heißt Hr. von Minnigerode und ist ein Bollblutjunger, der ein-paar hundert Ochsen, Schafe und sonstige Vierfüßler im Vermögen und offenbar genügende Selbsterkenntniß hat, um zu begreifen, daß seine staatliche und gesellschaftliche Bedeutung nicht in seiner eigenen Person, sondern in besagten Ochsen, Schafen und sonstigen Vierfüßlern liegt. Wie das in der menschlichen Natur ist, schließt Hr. von Minnigerode von sich auf Andere, und meint nun, das Wahlrecht gehöre überhaupt nur den Ochsen, Schafen und sonstigen Vierfüßlern, oder wenigstens deren Äquivalent (Gleichwerth) in Geld und Gut. Der Gedanke der Reichsteuer, welcher beiläufig zwei Fliegen mit einer Klappe trifft, dürfte dem Hrn. Reichsofanzler möglicherweise über seine Bedenken gegen „die widersinnigste aller Wahlmethoden“ hinweghelfen. Indessen ein Windei ist's doch. Die Zeit ist noch nicht gekommen, wo man in dieser direkten Weise dem allgemeinen Stimmrecht zu Leibe geht. Es gibt noch indirekte Mittel, mit denen es erst versucht werden wird, und die auch bis zu einem gewissen Punkt ihren Zweck erreichen werden.

— Agidi und Co. Agidi's Namen kennen wir Alle, die wir uns mit den Bismarck'schen „Sauhirtin“ und deren würdiger Heerde von Zeit zu Zeit herumzuschlagen müssen. Den Namen der „Co.“ oder richtiger die Namen der „Co.“ kennen aber nur die Wenigsten, weil diese Namen sehr zahlreich sind, weil sie sehr häufig wechseln, und weil die Herren „Co.“ sich die größte Mühe geben, der Welt zu verbergen, daß sie „Co.“ sind. Kein Haus, an dem ein Täfelchen mit dem Worte „Menschenpöden“ hängt wird von ängstlichen Gesundheitsfanatikern eifriger vermieden, als die Bekanntheit des Hrn. Agidi von den Herren „Co.“. Natürlich bloß coram publico — vor dem Publikum, am hellen Tag. Aber wenn sie ihn besuchen, was doch geschehen muß von wegen der „Wahzettel“ und der einzig richtigen öffentlichen Meinung, die bloß in den Geschäftslokaliitäten der Hauptfirma verzapft wird? Ein solcher „Co.“ arbeitet unter der Neben- und Scheinfirma „Deutsche Nachrichten“; von dem Abgeordneten Richter wurde in dessen bekannter neuerlicher Rede das „Deutsche Nachrichten“ abgetragt und darunter die richtige Titulatur: „Agidi und Co.“ gezeigt. Jetzt behauptet „Co.“, alias „Deutsche Nachrichten“, er habe den samojen Preiscourant an die „Neue Wörmier Zeitung“ geschickt, und nicht Hr. Agidi. — Ganz recht! Wir acceptiren das Dementi. Nicht Hr. Agidi hat den Preiscourant geschickt, sondern „Co.“. Es sind doch pfiffige Leute, diese „Agidi und Co.“!

— Die „Genialität“ ist offenbar ansteckend, gleich ihrem Gegenheil und zwar steckt sie nicht bloß Menschen an, sondern auch Thiere. Erzählt da „unser Braun“ in dem kaiserlichen Frühstückblatt, der „Lante Spener“ — der ihre jetzigen Parzellbäume gar furiös zu Gesicht sieht! — gar merkwürdige Geschichten von einem Hund — was sagen wir? „einem“ Hund! dem Hund, dem Hund der Hunde, dem Hund Bismarck's! „Er (der Hund) begleitet ihn (den Bismarck) auf Schritt und Tritt und wendet kein Auge von demselben (gleich einem Nationalliberalen bei den samojen Bier-Soireen, zu Deutsch Abendneipereien). Er (der Hund) liegt in dem Arbeitszimmer zu seinen (des Bismarck) Füßen und selbst in der Soiree pflegt er (der Hund) sich an ihn (den Bismarck) zu drängen (gleich einem Nationalliberalen, die ihren eignen Beschreibungen nach es genau so machen). Ein solches Attachment (nationalliberale Anhänglichkeit, Hundeliebe) wäre lässig zu nennen (wird's Euch nicht Angst, Ihr Nationalliberalen?), wenn der edle Bierfäßler (werdet Ihr nicht grün und gelb vor Neid, Ihr Nationalliberalen? Wann hat Er Euch Zweifelhäler je „edle“ betitelt lassen?) — wenn der edle Bierfäßler nicht, wie man ihm schon am Gesichte ansieht, von einer hohen Intelligenz besetzt wäre.“ Nun, tel maitre tel chien wie der Herr so der Hund! Und da die „Genialität“ so hübsch, wie sich gezeigt, auf den Hund gekommen ist, wird sie hoffentlich nicht vor den Nationalliberalen stehen bleiben, und dürfen wir erwarten, in Sr. Majestät Frühstückzeitung und Sr. Genialen Fürsichtigkeit Leiborgan demnächst Ankloden, die „Genialität“ der Laster, Braun, Bennisgen, Bamberger ic. bekundend, den wohlgefunnten Bürgern des Bismarck'schen Reichs aufgetischt zu finden. En attendant (bis dahin, in Erwartung) könnten ja die Herren Nationalliberalen den genialen Hund des genialen Bismarck zum Ehrenmitglied des Reichstags ernennen, denn „Hunde sind wir ja doch“, sagte der Affenpinker Bamberger — und auf einen mehr oder weniger kommt's nicht an. Oder, was vielleicht noch besser wäre, sie könnten den mit so „hoher Intelligenz“ besetzten Bierfäßler von dem Vicepapst Schulte heilig sprechen, ihm in dem Reichstagsgebäude eine Kapelle errichten lassen, und jedesmal, ehe sie in die Sitzung gehen, ihre Andacht vor dem neuen Heiligen verrichten, damit er ihnen seinen hübschen Segen gebe zu der, selbst dem redlichsten Fudel und Hühnerhand unter Umständen lästigen Arbeit des „Apportirens“. Die römischen Senatoren haben einst dem Pferd Caligula's einen Tempel errichtet und ihm göttliche Ehren erzeigt. Was aber dem Pferde Caligula's recht war, ist dem Hunde Bismarck's billig.

— Von Joh. Jacoby geht dem Redacteur des „Volkstaat“ ein Schreiben zu, worin derselbe zu dem Artikel in Nr. 21 des „Volkstaat“, die bekannte Ablehnung des Reichstagsmandats betreffend, Stellung nimmt. Wir glauben in diesem Falle nicht correcter handeln zu können, als indem wir die bezüglichen Stellen des Briefes zum Abdruck bringen. Es heißt dabeist:

„Der Verfasser der erwähnten Kritik sagt: „Mit blohem Protestiren und — die Hände in den Schoß legen schaffen wir die bestehenden Zustände nicht aus der Welt.“ — und gleich darauf: „Nur Protestiren und — Nichts thun, heißt sich freiwillig mit gebundenen Händen dem Feinde überliefern, heißt sich politisch todt erklären.“ ic.

Der wird dies bestreiten? wie in aller Welt aber paßt es auf den vorliegenden Fall? Wenn nationalliberale Blätter, wie z. B. der Berliner Börsencourier vom 12. Febr., behaupten: „aus dem Ablehnungsschreiben Johana Jacoby's geht unumstößlich hervor, daß er nach einem thätigen politischen Leben nunmehr die Hände ins Korn geworfen.“ — so wundere mich ein solches Urtheil nicht; meine Parteigenossen aber sollten doch eine etwas bessere Meinung von mir haben.

Folgt denn so ipso aus dem Protestiren gegen bestehende Zustände, daß man fortan „die Hände in den Schoß legen“ wolle? Schließt eine Mandatsablehnung nothwendig „das Nichts thun“ in sich? Der englische Parlamentarismus hat ohne Zweifel eine höhere Bedeutung, als der unsere — und dennoch sagt ein englischer Staatsmann (Gobden): „Alle großen Reformen sind außerhalb des Parlaments gemacht worden!“ Und in der That! Die Geschichte lehrt, daß die gewohnheitsmäßigen Parlamentarier jedem Beschlusse zustimmen, sobald nur von außen — durch das Volk — der erforderliche Druck auf sie ausgeübt wird; ob die Majorität in den Händen der Whigs oder Tories ist, macht hierbei keinen Unterschied. Auch bei uns also, denke ich, giebt es außerhalb des Reichstags noch reichlich genug zu thun.

Der zweite zu berichtigende Punkt betrifft die folgenden Worte des Kritikers:

„Der Vorbehalt über Annahme oder Ablehnung des Mandats konnte nur so aufgefaßt werden, als sei er eine Reserve, um, falls eine mehrmalige Wahl eintrete, sich den geeigneten Bezirk auswählen zu können.“

Nein, werther Kritiker! im Zusammenhange mit dem vor mir vorausgeschickten Sage — konnte mein Vorbehalt nun und nimmermehr so aufgefaßt werden, — am wenigsten von Jemand dem mein Protest von 1867 dem Wortlaut nach bekannt war.

Sie selbst, geehrter Parteigenosse, schrieben mir am 31. Januar, also nach bereits beendeten Reichstagswahlen:

„Zwar hat mir Professor W... gesagt, er habe in Dresden erfahren, Sie wollten das Mandat annehmen, ich dagegen erinnere mich daran, daß Sie in Ihrem Schreiben an mich sich die Entcheidung über Annahme und Ablehnung des Mandats vorbehalten haben“ ic.

Und dennoch behauptet der Kritiker dreist (das wenigstens ist der Sinn seiner Rede): „Kein Einziger in der ganzen Partei habe nach erfolgter Annahme der Candidatur an die Möglichkeit einer Mandatsablehnung gedacht; ja er geht so weit, mir den Vorwurf zu machen, daß mein Verhalten „das Comité in den Verdacht bringen mußte, als habe es absichtlich den wahren Standpunkt seines Candidaten verheimlicht.“

Soweit der Brief von Joh. Jacoby, dem wir gern Raum geben. Es ist hier hinzuzufügen, daß die Bedenken, welche Bloß in seinem Briefe an Jacoby wegen Annahme des Mandats äußerte erst nach beendeter Stichwahl durch inzwischen eingelaufene Mittheilungen erregt wurden. Am 27. Januar fand die Stichwahl statt und erst am 31. Januar konnte Bloß den glücklichen Ausfall nach Königsberg berichten. Zur Zeit der Agitation aber beschränkte Niemand eine Ablehnung.

Da von verschiedenen Seiten geltend gemacht wird, daß die Parteigenossen im dreizehnten Wahlkreise die Eventualität einer Mandatsablehnung hätten voraussehen und sich dagegen stellen sollen, so sei hier bemerkt, daß Joh. Jacoby nach allen den 15 oder 16 Wahlkreisen, wo er aufgestellt war, auf Anfrage die gleiche Antwort gesandt hatte, wie nach dem 13. Wahlkreis, und daß er sich die Annahme des Mandats überall vorbehalten hatte. Die Parteigenossen in Dresden, Mainz, Pforzheim u. s. f. haben trotzdem alle Kräfte eingesetzt, um eine Wahl Jacoby's zu bewirken. Im dreizehnten Wahlkreis wurde demnach genau so verfahren, wie anderwärts und der Unterschied lag einzig und allein im Erfolge.

— In Hof giebt sich die Preßpolizei die möglichste Mühe unsere Parteigenossen zu alicaniren. Das Verfahren, das dort in der Tagesordnung ist, erscheint geradezu unerhört. Versammlungen werden verboten, weil ein „Ausländer“ ein angeblicher „Sachse“ der in Wirklichkeit ein Oesterreicher ist, darin sprechen soll. Die schöne deutsche Einheit! Niemand, der Redacteur der „Hofen Zeitung“ ist vom mittelfränkischen Schwurgericht wegen „Gottelästung“ und Beleidigung des Leipziger Schwurgerichts zu zwanzig Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Im „Versuchstand“ Bayern scheint demnach ein sehr erziehbildes Feld für strebsame Selbstthätigkeit à la Jenseitsdorf zu sein. Auch zu Nürnberg, wo der verantwortliche Redacteur des „Sozialdemokratischen Wochenblattes“ zu zwei Tagen Gefängniß verurtheilt.

Mitthun, oder nicht mitthun?

Berlin, 27. Februar 1874.
Bon Zeit zu Zeit seh' ich den Allen gern
Und hüte mich, mit ihm zu brechen;
Es ist gar hübsch, mit solchen hohen Herren
So menschlich von dem Teufel selbst zu sprechen!

Natürlich hat Göthe bei Schöpfung dieses Gedankens durch nicht gehabt, daß ihn ein Sozialdemokrat einmal citiren würde; sonst hätte er es am Ende vorgezogen, am liebsten Nichts denken, wie so mancher andre Aristokrat, wenn er über die wahren Ursachen und Wege des Sozialismus nachdenken sollte.

Es tritt und indeß der Göthe'sche Gedanke unwillkürlich in Weg, wenn wir uns damit beschäftigen, in's Klare darüber kommen, ob die Sozialisten im Reichstag eine total ablehnende Haltung zu Allem beobachten, oder wo geboten, auch beim „Mitthun“ sollen und wie weit dies etwa geschehen kann ohne prinzipielle Verstöße zu begehen.

Gleich nachdem, oder eigentlich noch bevor es öffentlich bekannt geworden, daß man es seitens gewisser Majoritäten des Reichstags gern sähe, wenn in Commissionen, in denen spezielle Arbeiten angelegenheiten behandelt werden sollten, wenigstens ein Vertreter der Sozialdemokratie mit zugegen wäre, haben wir uns mit Parteigenossen darüber in's Klare genommen, welche Stellung in dieser Hinsicht als die richtigste einzunehmen wäre und fanden unter denselben die erfreulichste Einmüthigkeit darüber, daß man sich durchaus nicht auf's abstrakte (schroffe) Negiren (Ablehnen) die Theilnahme an den Commissions-Sitzungen anlangen verlegen dürfe.

Wären wir uns darüber klar, daß die Absichten der Majoritäten, die eine Person unserer Richtung in eine Commission wählen würden, ganz andre waren, als die, welche unsere Entschlüsse die etwaige Wahl eines unsrer Leute zu acceptiren, herbeiführen könnten und herbeiführt haben, so wüßten wir erst recht Voraus, daß man uns leicht einhalten konnte, wir haben beschlossen, zu parlamentiren und zu partiren.

Die Dinge liegen indeß einfach so:
Je mehr man seitens der Gegner im Auge haben mag,

durch Zuziehung eines Sozialdemokraten zu der „Gewerbege-
skommission“ nach außen hin der Schein der Unparteilichkeit ge-
wahrt sein würde, desto mehr müssten wir darauf achten, Einbild
in den Gang der Behandlung dieses „Ausnahmengesetzes“ in vollstem
Maße und zwar dergestalt zu erhalten, daß uns nicht gesagt
werden konnte, wir hätten gebotene Rechte nicht bis zur äußersten
Grenze auszunutzen gesucht und vermocht, wir hätten vorgezogen,
stimmte Zuhörer zu sein, wo uns das Wort zustand. Nach den
wenigen Sitzungen im Plenum wußten wir zwar zur Genüge,
welche Taktik uns auch in den Commissionen erwarten werde, und
wenn insofern bereits zu berichten ist, daß nach Göthes Worte
nicht einmal in den Commissionen menschlich von dem Teufel
(Sozialismus) zu sprechen ist, so wäre es doch verfehlt, zu sagen,
es sei verlorene Liebeshöhle, Jemanden dort zu haben. Freilich
dürfen wir vom Standpunkte direkter Erfolge aus nicht messen,
denn diese sind unerreichbar und unser Vertreter wird deshalb in
seiner Stellung wenig Lobnendes zu melden haben, aber — dem
Feinde Schritt für Schritt zu folgen. Die Werkstätte seiner Pläne
zu rekonstruieren, heißt Erfolge vorbereiten, und das, glauben wir,
kann unser Abgeordneter, wenn er ohne Vorurteil und blinden
Eifer zu Plage ist. Wenn Parteiblätter der Meinung waren, daß
es möglich wäre, dessen Rath und Ansicht in die Waage zu legen,
so gingen diese von der Vermuthung aus, daß ein weiteres In-
teresse andererseits dafür vorhanden sein möchte. Daß aber dem
nicht so ist, beweist zur Genüge der Umstand, daß die meisten
Redner mit Sorgfalt zu betonen pflegten, es gelte hier nicht soziale
Prinzipien zu diskutieren, sondern es gelte in erster Linie „etwas
zu Stande zu bringen.“ — Darin stimmt Fortschritt, Trotzigang
und Rückschritt völlig überein und nur die matt unterscheidenden
Partei-Interessenstandpunkte gegenüber dem Sozialismus haben es
in den ersten Commissionen-Sitzungen zu ganz unbedeutenden
Mißverständnissen kommen lassen. Selbst Schulze-Dandor scheinen jetzt
wesentlich friedlicher auf die Regierungsvorlage zu schauen, als im
Plenum, und haben es nur versucht, dem § 108 einen etwas
„gemäßigteren“ Charakter aufzubringen.

Box dem reichlichen Duzend von Amendements (Ergänzungs-
anträgen) zu § 108 fielen heute alle, so weit sie nicht zurückgezogen
wurden und § 108 der Regierungsvorlage wurde mit 14 Stimmen
gegen 6 angenommen. Weiterer enthielt sich natürlich der Ab-
stimmung, nachdem es interesslos für ihn geworden, ein Wort
abzugeben, dessen Begründung vorweg dadurch unmöglich und
wertlos erscheinen mußte, daß die Mehrheit der Redner mit wachem
Bange den Grundgedanken zum leitenden Gedanken der
Diskussion erhoben hatte, daß man die Aufgabe habe, keine Prin-
zipien, sondern nur die Bedürfnisfrage der Vorlage resp. des
§ 108 zu diskutieren. Die Herren darin zu inkommunizieren, lag kein
Grund vor. Der Abgeordnete Herr Fabrikant Hehl aus Hessen,
hatte ja auch im Voraus den unsterblichen Beweis gegen die
sozialistischen Prinzipien erbracht, daß sie „Unsinn“ seien und das
sagt Alles!

Nach Annahme des § 108 der Regierungsvorlage, zu dem endlich
auch der Fortschritt sich theilweise bequeme, motivierte zwar Herr
Dr. Eberty seine Abstimmung zu Protokoll damit, daß er nur für
die Vorlage gestimmt habe, in der Voraussetzung, daß dadurch die
Schiedsgerichte nicht unmöglich werden; Herr Schulze tröstete seine
Freunde, daß sie nun das Weitere in ihrem Sinne „amendieren“
werden und daß man ja immer noch gegen das ganze Gesetz
stimmen könne, indeß uns dünkt, die Herren, die „etwas fertig
bringen“ wollen und — müssen, dürften auch später schwache
Stunden schwer zu bestehen haben und dann singen: „Der So-
zialismus ist schuldig daran!“ Wohl! Wir gestehen, daß es kein
Spaß ist, in so engem Rahmen und auf so gebrechlichem und ge-
schwächtem Boden sich bewegen zu müssen und nicht „danek-
zutreten“. Es wäre auch gar zu schade, wenn das Mosaische
unserer Gesetzesamendements ein unpassendes Steinchen eingefügt
erhielte und man muß sich zu Allem in die Lage derer versetzen,
denen der Gesichtskreis der herrschenden Gesetze ein unantastbares
Heiligthum ist, deren juristisches Selbstbewußtsein krankhaft
sollten sie zugestehen, daß ihr Wissen und Kennen Stückwerk sei.
Dann erst wird einem klar, wie ein Anlauf mit einem Duzend
Amendements in die Regierungsvorlage glatt und rein hinein-
führen konnte.

„Zwei heiße Tagewerke und erst ein Paragraph“, so dürften
die Herren wohl anrufen, wenn nicht der Trost belassen wäre,
daß es später vielleicht besser geht und man braucht nicht gerade
Sozialist zu sein, um zu glauben, daß es mit der modernen Ge-
sellschaft doch in vielen Stücken gewaltig hapert und holpert. —
Allen Respekt vor einem Kenntnißreichthum in gegebenen Gesetzen,
wie er in der Commission entwickelt ward, aber auch allen Respekt
vor den Drangsalen einer Planlosigkeit Angesichts eines Feindes,
dessen Macht man wohl ahnt, dessen wahres Wesen man aber
prinzipiell Auge in Auge nicht kennen lernen mag, wie es den
Herren geht, deren gesetzgeberische Sorgfalt nicht tiefer graben will,
aus Furcht, man möchte nach der anderen Seite der sozialen Welt
hin durchbrechen und — in die Hölle fallen.

An bemerkenswerthen Momenten haben wir aus dem die
Debatten der Commission beherrschenden Geiste hervor, erstens:
Die ungetheilte Furcht vor dem Sozialismus und die damit
verbundene entschiedene Abneigung gegen Alles, was an ihn er-
innert; dann: die wiederholten allseitigen Zugeständnisse des
Interessengegensatzes der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, endlich:
das hangende Verlangen nach Versöhnung und Ausgleich der
Gegensätze! Letzteres: den unerschütterlichen Glauben an die Mög-
lichkeit, sich mit Ausnahmengesetzen helfen zu können. Alles in
Allem finden wir hierin ausgedrückt, daß die Gesetzgebung, will
sie ernstlich allen Theilen gerecht werden, sich nicht vorurtheilsvoll
und voreingenommen gegen einen einzelnen Theil lehnen darf, wie
dies in der Gewerbegezet-Novelle scharf zu Tage tritt und daß
die Gesetzgeber zunächst daran gehen müssen, sich mit dem Ge-
danken zu versöhnen, daß ihre Zeit vorüber ist, wenn sie versuchen,
den Geist der praktischen Wissenschaft festeln anzulegen; der
Wissenschaft, die ihren liebsten Systemen das Ende verkündet, der
Wissenschaft und wenn sie in der Blöße einerschreitet, der Wissen-
schaft, die nur Werth und Berechtigung hat, wenn sie im Volke,
in den Massen als Bedürfnis wurzelt oder über ihnen stehend
zugänglich auf sie zurückströmt und in ihnen Boden findet.

War bei Beginn der Session viel Meinung dafür, daß das
Gesetz nicht durchgehen werde, so möchten wir heute nicht wagen,
dasselbe wiederholt zu behaupten. Der Wellengang der bewegten
Commissionenarbeiten wird nicht ins Plenum allzuheftig hinüber-
rollen, man wird debattieren und amendieren, selten und selten
und wie es auch kommen mag, es wäre falsch, zu fürchten, daß der
Sozialismus mit diesem oder ohne dies Gesetz etwas Anderes
wäre, als die zum unabwendbaren Durchbruche gelangende, lange
widergehaltene Natur des vollauf lebensberechtigten Gesellschafts-
körpers.

Das „Mitthum oder Nichtmitthum“ kann für uns also da, wo
die große Kur an diesem Körper vorgenommen werden soll, nur

von dem Gesichtspunkte aus entschieden werden, den unsere Vertreter
richtig festgehalten haben, sie mögen Zeugen bleiben von den ver-
gessenen Versuchen der alten Schule, den Siegestag der neuen
Ordnung fernzuhalten. Nicht parlamentiren und nicht paktiren
mögen sie, aber allzeit und am richtigen Fleck disponiren!

Innere Partei-, Verwaltungs- und Organisations- Angelegenheiten.

Bei der am Montag den 23. d. M. vorgenommenen Ergänzungs-
wahl für die Controll-Commission fiel die Wahl auf den
Parteigenossen A. Sabor. J. A.: E. Opificius.

An die Parteigenossen!
An folgenden Orten sind neue Mitgliedschaften gegründet und
hierdurch neue erfreuliche Beweise von dem Wachsthum unserer
Partei geliefert worden:

Goldig: Vertrauensmann Ernst Richter. Grana b. Chemnitz:
Dowald Steinert. Köpchenbroda: Friedrich August Franke.
Reuditz: G. Krause. Oberwieschnitz: Friedr. Frankhanel.
Pirna: A. Vlep. Reichenbrand: Franz Eduard Lisch.
Neue Vertrauensmänner wurden vorgeschlagen und bestätigt:
Bischowsberga: Carl Fuhrmann. Chemnitz: Hermann Weid.
Münchehof: Louis Rolle. Sonneberg: Carl Anton Steiner.
Hamburg, 28. Februar 1874.

Der Ausschuß.
J. A.:
Der Kassirer: H. Venneke, N. Schäferkamp 34.
Der Secretair: A. Geib, Ködingermarkt 12.

Gewerkschaftsgenossenschaftliches.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Nürnberg, 23. Februar. Kollegen! Fast sieht es aus, als
wenn Nürnberg vollständig eingeschlossen wäre, da wir seit langer
Zeit kein öffentliches Lebenszeichen von uns gegeben haben. Die
Reichstagswahlen haben eben alle unsere Kräfte auf das Aeußerste
in Anspruch genommen, so daß wir stets nur die wichtigsten Ge-
genstände in der Gewerkschaft erledigen konnten. Nachdem nun
die Wahlperiode beendet, können wir wieder unsere ganze Kraft
der Gewerkschaft widmen. Die Geschäftskreise macht sich auch hier
ganz bedeutend fühlbar, und zwar umso mehr, weil die Confection
ganz bedenkliche Fortschritte hierorts gemacht hat. Die nothwen-
dige Folge ist ein fortwährendes Sinken des Lohnes, und wenn
nicht bald günstigerer Verhältnisse eintreten, so ist ein vollständiger
Stillstand des Geschäftes zu befürchten. Daß unter solchen Um-
ständen die Gewerkschaftsbewegung sehr schwer Fortschritte machen
kann, ist einleuchtend. Da jeder leben will und muß, die Be-
dürfnisse aber mit jedem Tage vertheuert werden, so muß eben
Jeder arbeiten, um jeden Preis arbeiten, um nur das Nothdürftigste
herbeizuschaffen. So ist es den wenigsten möglich, die Ver-
sammlungen regelmäßig zu besuchen und für die Verbreitung
unserer Prinzipien Sorge zu tragen, besonders da unsere Heim-
arbeiter (Städmeister) eine traurige Rolle spielen und nicht zum
Verständniß ihrer eigenen Lage, sowie der des gesammten Arbeiter-
standes gelangen. Trotz des von uns vor zwei Jahren erfochtenen
Siegess sind die Löhne jetzt niedriger, als vor dem Strike, und
können wir kaum daran denken, in der bevorstehenden Saison die
Differenzen nur einigermaßen auszugleichen. Um so freudiger hat
es uns bewegt, daß die Kollegen in Gießen wie ein Mann für
ihre Recht, für ihre Ehre eingetreten sind. Von einer Sammlung
jedoch für die Gießener Kollegen müßten wir hier Abstand nehmen,
da unsere Verhältnisse, wie bereits oben gesagt, trostlose sind. Da
ferner die Zahl der zu unterstützenden Kollegen keine große ist, so
ist die Controllcommission der Ansicht, daß die Hauptkassie wohl
in der Lage sei, den Hieb, den uns die Kapitalmacht verzeihen will,
zu pariren. Sollten jedoch die Gelder nicht ausreichen, so müßten
diejenigen Mitgliedschaften, welche Barvorräthe haben, entschieden
mit eingreifen. Was das Verbandsstatut anbelangt, so wissen wir
davon Nichts. Unsere Stadt-Behörde scheint einen besonderen
Gefallen daran zu haben, unsere Angelegenheiten hinauszuziehen.
Nachdem das Statut eingereicht war, warteten wir einige Wochen
vergebens, bei einer Nachfrage erhielten wir die Antwort, daß die
Sache in den nächsten Tagen erledigt werde. So wurde nun
von uns jede Woche wieder angefragt, allein immer dieselbe Be-
scheid, so warten wir denn heute noch auf einen endgültigen
Entscheid; wenn derselbe erfolgen wird, das wissen die Götter und
unser Stadtmagistrat.

Alle Briefe und Zusendungen, welche für die Controllcommission
oder Verbandsstatutencommission bestimmt sind, wolle man an
den Unterzeichneten senden. Zugleich bitten wir, alle Briefe u.,
welche für die Mitgliedschaft bestimmt sind, nicht an Reising,
sondern an den Bevollmächtigten B. Besche bei Ober u. Sohn,
Jacobsplatz, zu richten.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Für die Controllcommission:
J. Baumann, Geierberg 16, III.

Allgemeiner Dötker- (Küper-) Verein.
In Priesen stellten am 24. Februar unsere Kollegen die Ar-
beit ein. Es ist nothwendig, daß der Zugzug fern bleibt.
Näherer Bericht folgt. F. Grager.

Correspondenzen.

Leipzig, 2. März. Soviel bis jetzt zu übersehen, hat der bei
der Stichwahl durchgefallene Dr. Heine gegen unsern Candidaten
Bracke gestimmt. Die Wahlergebnisse zeigen, daß die Verstimmung,
welche die Ablehnung Johann Jacoby's unter dessen Wählern er-
zeugte, auch durch die lebhafteste Agitation nicht beseitigt werden
konnte. Die Gegner haben keine Mittel gescheut. Zu Mannhof
ließ Dr. Heine den Gegencandidaten nicht zum Wort kommen
und ein als „Uebervogel“ anwesender Referendar erklärte, daß
Jeder, der hier spreche und nicht Wähler des 13. Wahlkreises sei,
bis zu 6 Monaten Gefängniß oder 500 Thalern be-
straft werde. Wir fordern die Examinatoren, welche diesen
„Rechtsgelahrten“ das Staatsexamen unbeanstandet passiren ließen,
auf, hier ein Versehen zu constatiren und zu bewirken, daß die-
ser Referendar als gänzlich gefehesunkundig seines Amtes
entsetzt werde, widrigenfalls wir annehmen müssen, daß die Herren
Examinatoren auf demselben niedrigen Bildungsgrade stehen, wie
der Herr Referendar. Zu Lindenau hielten Bahlreich und Kayser eine
gut besuchte Volksversammlung ab; ebenso Holzwarth zu Dell-
schütz. Nauert sprach unter großem Standal in Grana, dergleichen
Bracke, Nauert und Blos in Liebertsdorf. Zu Reuditz und
Altha hielt Bracke gut besuchte Volksversammlungen ab, während

Ramm und Stelzer zu einer gegnerischen Versammlung in Bran-
dis gar nicht zugelassen wurden. In Göhlis sprach Bahlreich, in
Großhöcher Nauert, in Bötzky Holzwarth und Fink; in Eytzha
Fink, Kayser und Mehlhorn. Zu Lindenau wurde ebenfalls
durch Nauert erfolgreich gewirkt. In Kleinhöcher hielt Heine
Wählerversammlung ab, wurde aber sammt der ganzen Flagwiger
Eliane von Blos und Fial erfolgreich bekämpft; ebenso traten
ihm in Markranstädt Holzwarth und Blos entgegen und nicht
ohne Wirkung. Wir behalten uns vor, die Art und Weise zu
beleuchten, wie die Gegner verfahren, und bemerken nur, daß in
Brandis der in der Genossenschaftsdruckerei arbeitende Schriftsetzer
Brand wegen „unbefugten Plakatanlebens“ verhaftet und über
Sonntag in Haft behalten worden ist.

Reichenbach i. F. Wir kommen spät mit unserm Wahlbericht.
Wir sind mit 268 Stimmen in der Minorität, trotz einem Zu-
wachs der Stimmzahl für unsern Candidaten von beinahe 100 Stimm-
en, da 1871 Bracke 3400, bei der jetzigen Wahl Jork 6515 Stimmen
hatte. Es ist viel gekämpft worden, und wurde von dem Central-
comité, welches in Reichenbach seinen Sitz hatte, vorzugsweise die
Taktik beobachtet, die Agitation in die Orte zu legen, welche 1871
für unsere Partei schlecht gestimmt hatten. Deshalb fanden Be-
zirks- und Volksversammlungen vielfach statt, welche das Zusammen-
halten der Arbeiter bewirkten und aus allen Theilen des Wahl-
kreises Freunde und Kampfgenossen schon einige Monate vor der
Wahl erzeugten. Ramentlich galt es in Lengenfeld, Treuen, Kuer-
bach, Falkenstein und Asterberg festen Fuß zu fassen, welches mit
Hilfe der im Wahlkreis vorhandenen agitatorischen Kräfte auch
vollständig gelang, so daß der 14 Tage vor der Wahl ankome-
nende Candidat Theodor Jork überall vorgearbeitet fand und
zahlreich vom besten Geiste für unsere Sache besetzte Versammlungen
vorfand. Jork besuchte die Hauptorte, während Reichenbach,
Wilkau, Ruchberg ihre Kräfte für Versammlungen auf dem Lande
verwendeten, wozu in Folge der Erkrankung des Candidaten später
Lederer aus Hamburg und Gerstenberg aus Berlin kamen. Ein
Wahlkampf, wie noch nie entbrannte in mehreren Orten, na-
mentlich aber in Treuen, woselbst man Alles aufbot, der so ver-
breiteten Sozialdemokratie den Weg zu versperren und deshalb mit
örtlichen Capacitäten in der Stadt und den nächstgelegenen Ort-
schaften behufs Fernhaltung der Wähler, von der immer mehr
Boden gewinnenden Sozialdemokratie Versammlungen abhielt, in
welchen nicht etwa ein Programm des Gegners Dr. Georgi ent-
wickelt, sondern einfach unsere Sätze angegriffen wurden, und zwar
in der Regel auf eine lächerliche kindische Art und Weise. So
sicher sich jedoch diese Leute in ihren Versammlungen bei ihrer
Bauernfängerei glaubten, die übrigen noch von Flugschriften
unterstützt wurde, als fände die sozialdemokratische Best-
theilerei noch vor der Wahl statt, (worin nebenbei den Kirchberger Liberalen
der erste Preis gebührt), überall war dafür gesorgt, ihnen dies
Handwerk zu legen durch einfache Entzuegnung eines Parteigenossen,
vielsach begleitet vom größten Beifall der ländlichen Bevölkerung.
Die Aussicht auf Sieg kräftigte sich mit jedem Tage, allein die
fortgesetzten großen und kleinen gegnerischen Versammlungen be-
anspruchten unsere ganze Kraft, so daß an weiteren noch nöthigen
Versammlungen von unserer Seite nicht mehr gedacht werden
konnte, wir hatten bloß abzuwehren. Zudem langte in den letzten
Tagen Dr. Georgi als Gegencandidat persönlich an, als unser
Candidat Jork mit unserm Willen schon nach Hof abgereist war,
also mehr Arbeit und weniger Kräfte. Trotz alledem wären wir
Sieger geblieben, hätten nicht unsere liberalen Großen in den
Städten Reichenbach, Mylau, Reppslau, Lengenfeld u. ihre Macht
als Arbeitgeber benutz und auf die Abhängigkeit ihrer Lohnarbeiter
spekulirt. Es geschah dies 1) durch Vertheilung von Stimmpetzel,
welche derart voll- und fettgedruckt waren, daß man von Außen
sogar erkennen konnte, daß auf dem Zettel Dr. Georgi gedruckt
steht; 2) durch den Zwang, welchen viele Arbeitgeber ausübten,
indem sie direct zur Wahl ihres Candidaten (Dr. Georgi) auf-
forderten.

Leider haben sich viele Arbeiter behörden lassen und den Gegner
mitgewählt. Sonst müßten die Städte ausschlagend wirken,
zumal die meisten Dörfer, wo Versammlungen stattgefunden, so
glänzende Majoritäten für Jork erzielten. Von etwa 120 Ort-
schaften waren bloß zwei ganz kleine, welche für unsern Candidaten
keine Stimme hatten, wohl ein Beweis von der Anstrengung und
Aufopferung vieler. Zudem waren Geldmittel und Kräfte von
Außen knapp, vielleicht auch weil das Centralcomité bescheiden
sein und nicht zum Nachtheil anderer Kreise solche fordern wollte.
Von politischer Seite hatten wir mit Ausnahme Falkenstein's,
woselbst eine Versammlung ungeschloß verboten, eine andere auf-
gelöst wurde, und Kirchberg's, woselbst Gerstenberg, weil ohne
Legitimation, nicht sprechen durfte, wenig zu leiden. Umso mehr
haben sich Wahlloosrände Verstöße gegen die Oeffentlichkeit der
Wahl bei der Stimmabgabe zu Schulden kommen lassen, die von
uns in dem, wegen der oben erwähnten an äußeren Zeichen kennt-
lichen Stimmpetzel, an den Reichstag gesandten Wahlprotokoll mit
gerügt worden sind. Warten wir ab, was dieser dazu sagt. Noch
sagen wir allen Wählern, vorzugsweise aber denen, die in irgend
einer Weise an der Erlangung einer so wichtigen unserer Gegner
trotz des Sieges gewaltig verstimmende Minorität Antheil nahmen,
herzlichen Dank.

Witten. (Zweiter Agitationsbericht.) Auf Freitag, den 9. Ja-
nuar, Abends 8 Uhr, hatte unser Parteigenosse Th. Junghaus eine
Wählerversammlung einberufen. Die Versammlung wurde zur
bestimmten Zeit eröffnet und wurde Hr. Kaspe aus Essen als
Vorsitzender, Th. Junghaus als Stellvertreter und Hr. Tottleben
als Schriftführer gewählt. Der Saal war so stark gefüllt, daß
sehr viele von außen die Fenster besetzt hielten, aber auch die Li-
beralen waren sehr stark am Plage, aber nicht um zu hören, son-
dern um zu stören. Dieselben schienen vorgehabt zu haben, die
Versammlung zu sprengen.

Hillmann aus Ebersfeld erhielt zuerst das Wort. Derselbe
tabellete zuerst das Verfahren des Dr. Stäps in der letzten Ver-
sammlung der liberalen Partei. Sodann ging Redner zu den
Bestrebungen der Liberalen im Gegensatz zu der Sozialdemokratie
über und unterzog zunächst die Rede des Dr. Löwe-Calbe einer
scharfen und treffenden Kritik.

Weiter griff Hillmann den alten Partort, wegen seiner jüngst
wieder erlassenen Brutalitätsstatistik an. Redner ging zu unserem
Programm über, und nur auf Grund eines solchen Programms
sei eine Besserung der Lage der Arbeiter herbeizuführen. Redner
schloß unter großem Beifall der Arbeiter. Ich darf nicht sagen
der Versammlung, denn die Liberalen hatten während der ganzen
Rede einen solchen Lärm gemacht, daß Kaspe sich genöthigt sah,
viernmal die Versammlung auf 5 Minuten zu vertagen, um die
Ruhe wieder herzustellen.

Kaspe fragte, ob Gegner das Wort verlangten. Es meldete
sich der Abgeordnete Dr. Louis Berger zum Worte. Das Durrah
der Liberalen wollte kein Ende nehmen. Hr. Berger erwähnte
zuerst seine Parteigenossen zur Ruhe und sagte, daß es unred-

sei, wenn sie den Segner nicht ruhig sprechen ließen. Dann auf die letzte Versammlung zurückkommend, so müßte er sagen, das Verfahren des Hrn. Dr. Stäps in der Dienstags-Versammlung sei durch die Taktik der Sozialisten, liberale Versammlungen zu stören, begründet. Er selbst sei dabei gewesen, wie eine liberale Versammlung von den Tölkern im Jahre 1868 in Berlin hinausgeprügelt wurde. Er wüßte aber sehr gut, daß wir nicht zu diesen gehörten. Dr. Löwe habe nicht dem Arbeiter seinen Schnaps oder sein Glas Bier mißgönnen wollen, sondern nur diejenigen Arbeiter gemeint, welche ihren ganzen Verdienst in die Wirtshäuser brächten und ihre Familie darben ließen. Was die Angriffe auf Hartort betrifft, so könnte er (Berger) aus Familienrücksichten (Lionis Berger ist der Schwiegerohn von Hartort) nicht näher darauf eingehen, soviel steht aber fest, daß Keiner mehr für die Schule gethan, als eben Hartort.

Was das Programm anbelange, so hätten nicht wir, die Sozialisten es erfunden, sondern das Meiste ihrem (dem fortschrittlichen) Programm entnommen. In Bezug auf das direkte Wahlrecht müßte er sagen, daß er gegen dasselbe sei. Er sei wohl für das geheime Wahlrecht, früher sei er auch für das direkte Wahlrecht gewesen, aber die Erfahrungen hätten gelehrt, daß das direkte Wahlrecht nicht gut sei. Auch hätten wir nicht das Produktivgenossenschaftssystem erfunden, sondern der ehrenwerthe Schulze-Delisch. Auch er (Berger) sei für Errichtung solcher Produktivgenossenschaften und wollte gern 2000 Thlr. zinsfrei dazu hergeben, wenn sich eine Anzahl ordentlicher Arbeiter zusammensänden und eine solche errichteten, aber er müßte sich vorbehalten, nur ordentliche Arbeiter. Wir wollten aber noch viel mehr, das würde aber von uns verschwiegen. Wir wollten das Besitztum abschaffen. Der „Vollstaat“ hätte stets dafür geschrieben, denn er selbst halte den „Vollstaat“ und müßte sehr gut, was wir wollten. Das Schredliche nach Berger ist, daß wir die Republik wollten. Berger las den sechsten Punkt vor und fragte die Versammlung, ob sie die Republik wollte, worauf die Liberalen aus voller Kehle riefen: Nein, nein!

Raspe nahm das Wort und erklärte, er müsse dem Hrn. Berger ein Psi! zurufen, weil er sich als Denunziant hingestellt hätte. Die Unruhe wurde wieder so groß von Seite der Liberalen, daß Junghaus sich veranlaßt sah, die Versammlung wieder auf 5 Minuten zu vertragen.

Dann nahm Hillmann das Wort, derselbe verteidigte sich zunächst gegen die Angriffe Bergers und stellte denselben als ein mit Unwahrheiten um sich werfendes Individuum hin, wobei Herr Berger den Saal verließ. Dann nahm Raspe wieder das Wort und widerlegte den Herrn Berger Punkt für Punkt und fragte, wie es möglich sei, daß ein Abgeordneter die Stirn hätte, solche Unwahrheiten, wie die, daß Schulze-Delisch das Produktivgenossenschaftssystem erfunden habe, öffentlich zu behaupten, da die Idee schon über Hunderte von Jahren alt sei. Was die 2000 Thlr. betreffe, die Berger für Errichtung einer Produktivgenossenschaft geben wollte, so geschähe dies nur, um durch die 2000 Thlr. mehr zu verdienen, als wenn Berger solche zu einem andern Zwecke verwenden würde, denn er (Raspe) hätte oft genug gehört, wie es in Bergers Fabrik zugehe. Raspe beleuchtete dann das jetzige Staatswesen im Gegensatz zu einem sozialistischen Staate, wobei Raspe dem Hrn. Berger und dessen Anhängern derb den Standpunkt klar machte. Raspe schloß seine Rede unter großem Beifall der Versammlung, nachdem er über eine Stunde gesprochen hatte. Dann nahm Junghaus das Wort und erklärte, Berger hätte zwar von Raspe und Hillmann genug Widerlegungen erfahren; allein er müsse doch noch auf die Widersprüche des Herrn Berger zurückkommen. Berger sagte, wir wollten das Besitztum abschaffen; dagegen hätte er selbst für Errichtung von Produktivgenossenschaften Propaganda gemacht. Und man könne, führte Junghaus an, doch nicht wollen, daß neben einer Produktivgenossenschaft auch noch Privatfabriken, in welcher sich Arbeiterklaven befänden, bestehen. Was ferner die 2000 Thlr. betreffe, so glaube er fest behaupten zu können, daß dies doch dem Hrn. Berger kein Ernst sei, denn sonst hätte derselbe seine Arbeiter besser behandelt, welche ihn im Laufe von 25 Jahren zum reichen Manne gemacht hätten. Junghaus schloß unter großem Beifall der Arbeiter. Es trat noch ein Hr. Oswald (Liberaler) auf, forderte aber einen fürchterlichen Unstern zu Tage. Junghaus fertigte ihn schnell ab. Die Versammlung wurde um 11 Uhr geschlossen mit einem Hoch auf unsern Candidaten Hugo Hillmann. Die Liberalen stimmten ein Hoch auf Dr. Löwe an.

Hillmann, Raspe, Junghaus und einige Freunde begaben sich nach der Versammlung noch in das Gastzimmer des Versammlungslokals, weil Hillmann und Raspe dort übernachten wollten. Dieselben setzten sich ruhig an einen Tisch, wurden aber gleich von einigen Liberalen umringt und von denselben geschmäht. Junghaus geht zum Wirth und bestellt, daß sie zu Bett gehen wollten. Hillmann, Raspe und die Andern stehen auf, werden bei dieser Gelegenheit überfallen und von den Liberalen mißhandelt, wobei unserm Parteigenossen Kirch das rechte Auge ausgeschlagen wurde. Nur durch die Daywischenkunft des Wirths wurden weitere Mißhandlungen verhindert. Während dem war die Polizei angekommen und Kirch wurde ins Gefängniß abgeführt. (!) Der Wirth hatte Hillmann und Lottleben in der Küche untergebracht, jetzt wollten die Liberalen über Junghaus herfallen. Derselbe wird auch durch das Herbeispringen des Wirths gerettet und ebenfalls in der Küche untergebracht. Nun zogen die rohen „Kascherhelden“ nach der Küche hin. Die Wirthin rath den Parteigenossen, durch ein Fenster zu entweichen. Hillmann und Lottleben entkommen glücklich; Junghaus wird aber von einem Bahnbeamten bemerkt und erfaßt, von demselben mißhandelt, aber zum zweiten Male durch das Einschreiten des Wirths gerettet und nochmals in der Küche untergebracht. Auf einmal kommt ein Gensdarm in die Küche und Junghaus wird ebenfalls ins Gefängniß abgeführt. (!) Dort angekommen, wird derselbe nach seinen Aussagen von einem Polizeibeamten unter Schimpfsworten, wie rother Hund, in das Gesicht geschlagen, so daß ihm Nase und Mund blutete. Diese Sache ist der Staatsanwaltschaft übergeben. Kirch und Junghaus wurden des andern Morgens wieder in Freiheit gesetzt. Nächstens mehr; es folgt ein Bericht einer gegnerischen Zeitung.

Der Wittener „Anzeiger“ schreibt: „Ein Augenzeuge erzählt uns Folgendes über das Nachspiel der Freitags-Versammlung: Die Herren, welche wir als Vorstand auf der Bühne bemerkten, zogen sich nach Schluß der Versammlung in das Gastzimmer des Herrn Hemsoth zurück, um dort die trockenen Rehlen zu besuchend. Während sie daselbst, vernahm man von verschiedenen Seiten unterdrückte Aussprüche des Unwillens über die „Auswiegler, die den alten Hartort, den Besten des Landes verdächtigten und unseren Herrn Louis Berger u. A. herabsetzten.“ Alles ging ruhig zu und mit einer Resignation von Wirths-Parteiern ertrugen dies die Redner des Abends, ergingen sich aber dafür in Bekämpfung der Segner und ihrer Mittel. Es wird unauferklärt bleiben, wie eine plötzliche Vermüdung entstand; die Thatfache, daß mit einem Male

bei Gelegenheit des Ausbruches die Reile hagelnd auf die Häupter der Sozialdemokraten herabfielen, steht aber bei Augenzengen unbefritten da. Die Flüchtenden fanden theils Schutz in den Räumen des Wirths, theils auch in den umfangenden Armen der Polizei, welche die Personen derselben nicht besser zu sichern wußte, als wenn sie dieselben, unter ihnen den Helden Junghaus, der durch ein Fenster zu entweichen gesucht hatte, in sicheren Gewahrsam brachte.“

Hoffentlich werden die Arbeiter den Liberalen für die Zukunft die Vasteriaden austreiben.

Cincinnati. Wir Mitglieder der deutschen Section zu Cincinnati bringen den deutschen Arbeitern ein Hoch zu ihren Wahlsiegen entgegen. Die sächsischen Arbeiter beglückwünschen wir vor Allem für ihre Ausopferung und Entschlossenheit. Ihr, Arbeiter, habt bewiesen, daß Ihr die Rechte der Menschheit zu verteidigen versteht. Ihr habt Männer in den Reichstag gewählt, worauf Ihr und die Arbeiterpartei der ganzen Welt stolz sein kann. Nochmals deutsche Arbeiter nehmt unsern Dank entgegen. Eure Siege werden uns als Aufmunterung und Beispiel dienen.

Im Auftrage der Section der internationalen Arbeiter-Assoziation Nr. 1 von Cincinnati.
W. Kempke.

Chicago, 4. Januar 1874. Da jetzt hier in den Vereinigten Staaten in Folge der Finanz- und Handels-Krise die Arbeiterbewegung in hohen Bogen geht, so wird es ihnen erwünscht sein, etwas Genaueres darüber zu erfahren. Um ein richtiges Bild von der hiesigen Agitation zu geben, folge ein kurzer Jahresbericht. Der sozialpolitische Arbeiterverein hier bestand aus drei Abtheilungen, welche sich bei Gründung der nordamerikanischen Föderation als Sectionen 1, 2 und 3 der Internationalen erklärten. Wir haben jetzt 95 Mitglieder, und unsere Agitation hat unter denselben einen gesinnungstüchtigen Kern geschaffen. Durch unser Beispiel angetrieben, hielt auch Section 1 alle 2 Wochen Agitations-Versammlungen ab, bis zum Ausbruch der Krise, wo wir eine gemeinschaftliche Agitation entwickelten. Die französische Section 47 (Anhänger Bakunins) schlossen sich uns an, desgleichen der Möbelarbeiter-Verein und die Section 2.

Die Verbreitung unseres Aufrufs hatte ein Resultat erzielt, das unsere kühnsten Erwartungen weit übertraf. Die Massenversammlung am 21. Dezember war von über 5000 Mann besucht, die größte, die Chicago je gehabt. Im Theateraal wie auf dem Turnplatz wurde deutsch, englisch, scandinavisch, polnisch, böhmisch und französisch gesprochen. Die größte Begeisterung und Ordnung herrschte. Da sich hier zumal alles nach dem Erfolg richtet, so war diese Versammlung ein Hauptsteg für uns. Die Presse, die uns bisher todtgeschwiegen, fiel über uns her, durch die Bourgeoiswelt ging ein gellender Schreier aus, die Arbeiter jubelten, und beteiligten sich des Montags Abend über 25000 Mann an der Demonstration. Die Maschinen der Polizei arbeitete, 200 Mann wurden noch am Abend schnell eingeschwohren. Zeitungsjournalisten umschwärmten unsre beiden Hauptquartiere, Polizeikommissäre suchten unser Comité zu bewegen, den Zug nach dem Rathhaus zu unterlassen. Ganz Chicago im Aufruhr. Um 8 Uhr setzten sich drei kolossale Colonnen in Bewegung; trafen zu gleicher Zeit in der größten Ruhe und Ordnung am Rathhaus ein. Auf Transparenten standen die Sprüche: Arbeit oder Prod. Tod der Noth, Krieg dem Müßiggang. Alle für Einen, Einer für Alle u. s. w. Auf unserer rothen Vereinsfahne prangten in Deutsch und Englisch: Arbeiter aller Nationen vereint! Euch! Rebt der rothen französischen Sectionen Fahne wurden noch einige amerikanische im Zuge getragen. Der Stadtrath bewilligte aus Angst alle unsere Forderungen, um aber am andern Tage, als das Comité zur Regelung der Sache allein mit ihm beriet, sein Wort mit der Erklärung zu brechen: Er könne nichts thun, sie hätten kein Geld, nur Schulden. Sie wollten sich, vom hiesigen Unterstüßungs-Verein 600,000 Dollar zu bekommen, um davon arbeiten zu lassen. Dieser aber rühte nichts heraus, sondern erklärte, das Geld wolle er zu Unterstüßungen verwenden, die Noth sei auch nicht so groß, das Volk sei von den kommunistischen Wählern aufgehetzt. Wir aber bewiesen ihnen am andern Tage, daß dem nicht so sei, indem das arbeitende Volk in ihr Haus rückte und Hilfe verlangte, es waren Tausende. Seit der Zeit ist das Haus von Hülfsuchenden den ganzen Tag umlagert, so daß sie helfen müssen. Allein, was ist das unter so Vielen! — Obgleich das Volk am Abend des Auszuges sich auf die Drohung der Presse, uns Gewalt entgegenzusetzen, so gut wie es ging, mit Revolvern und sonstigen kleinen Waffen versehen hatte, so verlief doch Alles ruhig und es ist bis heute zu keinerlei Gewaltthätigkeiten gekommen. Die Presse schimpft wie ein Rohrspatz über Klings und Consorten. Hilft nicht. Wir organisiren uns nun militärisch und haben eine Plattform aufgestellt, deren 1. Paragraph den Sturz des Monopols in jeder Form verlangt.

Dann, daß alle Eisenbahnen und sonstigen Verkehrsmittel in die Hände des Staates übergehen sollen. Mit der Farmer-Convention des Westens, 200,000 Mann stark, haben wir uns verbunden, und wenn alle größeren Städte sich jetzt auch tüchtig regen, wird die Lawine bald ins Rollen kommen, die die Klassenherrschaft zermalmen, dieses Land wahrhaft zu einer Republik machen, wo Keiner mehr des Andern Lecht sein wird. Den Arbeitern gehört die Zukunft. Die Arbeitslosigkeit und mit ihr die Noth nehmen mit jedem Tage zu, unsere Schaaeren wachsen zusehends. Bankrotte werden immer mehr gemeldet, das Kleinbürgertum wird ins Proletariat gedrängt. Das Alte stirzt und neues Leben blüht aus den Ruinen!

Bemerkenswerth ist, daß die bestorganisirten Gewerksvereine durch die Krise wie Spreu auseinanderstieben. Selbst die Steinhauer-Union, welche die 8 Stundenarbeit hatten und 5 bis 6 Dollar den Tag verdienen, ist gebrochen. Dies ist der beste Beweis, daß nur (?) die politische Organisation im Stande ist, dem Arbeiter zum Siege zu verhelfen. Mäße Europa sich hieraus eine Lehre ziehen. — Die größte Zahl der Arbeiter hat schon Monate lang keinen Verdienst, die noch arbeiten, bekommen kein Geld. Der Lohn ist selbst bei den Maurern, die früher über 5 Dollar hatten, auf 1 Dollar gefallen.

Wir freuen uns, daß unsere Brüder in Deutschland sich so zum Wahlkampf rüsten, und wünschen Euch den besten Erfolg. Nur vorwärts. Thut Euer Möglichstes, wie auch wir, dann kann unser erhabenes Ziel nicht mehr in zu weiter Ferne liegen. Die besten Anzeichen sind vorhanden, daß die alte Gesellschaft bald zusammenbricht. Es wird leider ohne heißen Kampf nicht abgehen. Die Bourgeoisie ist hier eben so blind, wie in Europa, und wenn sie gewaltsame Revolution will, sind wir bereit.

Jacob Winnen.
Secreär der 3. Section der I. A. A. 139 W. Volkstreet, Chicago.

Vertriehen
der Redaction. F. E. in London: Bereit erhalten. Besten Dank. Rad. in G. sat. R. befindet sich, wenn ich recht weiß, zur Zeit in Nürnberg, fragen Sie dort an bei Strüden. 17. Bergstraße 17. Der Kaiser

erscheint. R. in Halberstadt: Erhalten; Brief folgt. G. R. in Wien: Mit dem „Petroleur“; der in Budapest erscheint, haben wir gar nicht zu schaffen, die Aufgabe dieses Blättchens scheint zu sein, Spaltung in die aragische Arbeiterpartei zu bringen. Hoffentlich verlorne Liebesmühe der Expedition. Hgr. Werbau Ann. 12 Gr. Rupp hier Schr. 5 Gr. Jgr Waldenburg Schr. Thlr. 2 23 5. Schlöcher Dresden Ab. 4. An. 15 Thlr. Enz Pforzheim Ann. 10 Gr. Drösch Reischlau Schr. Thlr. 2 10 7. Eft Berlin Schr. Thlr. 3 9 5. Wlthre Keuba Ab. März 9 Gr. Hgr Deucha Schr. 23 Gr. Sdlgr hier Schr. Gr. 6 5. Grunn hier Ab. März Gr. 5 5. Ab hier Ab. März 11 Gr. Erb u. Engst hier Ab. März 24 Gr. Wahlcomité des 13. Wahlkreises Ann. Thlr. 1 24. Gew. der Mannf. u. Handarbeiter Berlin Ann. 25 Gr. Swist Bärburg Schr. Thlr. 11 13. Gewerksch. der Schneider Bies Ab. 1 Thlr. Wagnr Stade Schr. 24 Gr. Siedern Esslingen Ab. Febr. Thlr. 9 18 5. Otto Thlr. 2 7. Hfling hier Schr. Gr. 2 5. Kst Cts Ann. 3 Gr. B. Gärtner Großenbain: Die Zinsen betragen für 12 Gr. Trjn 3 Gr., Mannf.-Gew. 3 Gr., Summa 18 Gr. Hadlich.

Fond zur Wahl Brade's.
R. Parteigenossen in Pforzheim 1 Thlr., v. Arbeitern der Cichorius'schen Fabrik 1 Thlr., F. E. hier 15 Gr.
Berlin: Parteiverf. am 29. Jan. Thlr. 1 22 6. Parteiversammlung am 1. Febr. Thlr. 3 18 8. Parteiversammlung am 2. Febr. Thlr. 1 16 R. R. 1 Thlr., R. S. Gr. 7 6, Schönfeld 5 Gr., Schwoite Gr. 2 4 R. S. 19 Thlr. Heinsch.

Augsburg Soziodemokratische Arbeiterpartei.
Samstag, den 7. März, Abends 8 Uhr: Versammlung in der „Schützenhalle“.
F. Pattenlocher, Vertrauensm.

Berlin Sonnabend, den 14. März, Abends 8 Uhr, „Königsböde“, Greifswalderstraße 8.

Großes allgemeines Arbeiter-Fest zur Feier unserer Wahlsiege.

Bestehend in:
Concert, Gesang und Ball.
Die Festeide hält der Reichstagsabgeordnete A. Geit.
Billets à 2 Gr. 5 Pf. sind in allen Versammlungen und bei m. Dranienstr. 151 in der Dunderel zu haben. A. Heinsch.

An die Parteimitgliedschaften und die Parteigenossen der Provinz Brandenburg.

Hiermit laden wir zu einer Beprechung bezugs unserer Agitation aller Ortschaften der Provinz ein.
Sonnabend „Arbeiterfest“. Sonntag „Conferenz“.
Berlin. A. Heinsch, Vertrauensm.

Berlin Freitag, den 6. März, Abends halb 9 Uhr: Sitzung d. A. C. in „Café Bach“, Münchstraße 5.

Berlin Metallarbeiter-Gewerkschaft.
Sonnabend, d. 7. März c., Abends halb 9 Uhr: Monatsversammlung, Auguststraße Nr. 8) bei Rade.
Kassen- und Revisions-Bericht. — Renowahl der Beamten.
Gavenith, Bevollm.

Frankfurt a. M. Spengler-Fach-Verein.
Samstag, den 7. März, Abends halb 9 Uhr: Hauptversammlung im Vereinslocale bei Herrn Petrich, Eschenheimerstraße 26.

Tagesordnung: 1) Prüfung des Rechnungs-Abschlusses der Verband- und Krankenkasse. 2) Ergänzungswahl des Kassiers. 3) Draeger, Bev., alte Rainierstr. 78.

Leipzig Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Besitz des Locals erst Donnersta, den 5. März, Abends halb 9 Uhr: Anschließung bei Febr.
Sonnabend: Gewerkschaftsversammlung.

An Herrn Theodor Mehner in Berlin.
In unserer Angelegenheit sind von Ihnen mehrere Briefe unbeanwortet geblieben, — wir sehen uns daher veranlaßt, Sie hierdurch der erforderlichen Antwort nochmals aufzufordern.
Ludenwalde, den 24. Februar 1874.
Der Vorstand der Ludenwalder Productiv-Genossenschaft.

Mannufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter-Krankenkasse b. G. (I. W.)
Alle Vertrauensmänner werden ersucht, bei Verlust ihrer Rechte sogleich ihre Adressen einzuliefern.

Albrecht Thierfelder, [3c]
Vorsteher d. Aufsichtsraths Grimmitzsch, Lutherkirchestr., Gentschens-Damm

300 Thaler
werden von einem zuverlässigen Geschäftsmann, gegen sicheres Unterpfand sofort zu leihen gesucht.
Gest. Offerten unter G. F. L. befördert die Expedition d. Bl.

Photographien
unserer Reichstagsabgeordneten pro St. 2 Gr. 5 Pf., gegen baar 12 Gr. sind zu beziehen durch die Expedition des „Vollstaats“.

Arbeits-Hosen.

Aecht Englisch Lederhosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr.
Cord-Hosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr.
Starke Stoff-Hosen à Stück 2 Thlr. 15 Sgr.
Militär-Drillhosen à Stück 1 Thlr.
Baumwollene feste Arbeitshosen à Stück 27/4 Sgr. empfiehlt

Louis Guttman
[J. JN] No. 24-Grimmaische Strasse No. 24

Filialexpeditionen,

welche noch Expl. vom „Vollstaatskalender“ 1874, wie vom „Deutscher Bauernkrieg“, „Leipziger Hochverrathspröb“, „Bakal Schulze“ (sonstige Schriften ohne augenblickliche Verwendung à condition auf Lager haben, wollen solche sofort an uns retourniren oder den Betrag hiermit einlösenden.
Leipzig, 2. März 1874. Die Expedition des „Vollstaats“.

Inserate

für die Mittwochnummer müssen Montags, für die Freitagnummer Mittwochs, für die Sonntagnummer Freitags Mittags in unseren Händen sein, wenn sie bestimmte Ausnahme finden sollen.
Inserate bitten wir an uns zu adressiren.

Die Expedition des „Vollstaats“.

Sehen ist erschienen und durch die Vollstaats-Expedition in der Leipziger Protokoll der Verhandlungen des Kongresses der Holzarbeiter und der 4. Generalversammlung der Holzarbeiter-Gewerkschaft, abgehalten zu Nürnberg vom 4.—8. October 1873, 4 Bogen in Octav. Preis 2 Sgr.

Enthält u. a. ein anschauliches und erschöpfendes Bild über die Gewerkschaftsbewegung im Allgemeinen sowie ein ausführliches Referat über die Nothwendigkeit eines Normal-Arbeitstages. (3c)
Leipzig: Verantw. Redaction: H. Freyler, Redaction u. Expeditions-Vertrieb: 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei.